

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/016(VII)/21			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 15.10.2021	Ratssaal	15:00Uhr	17:00Uhr

Leitung:
Teilnehmer:

Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper
siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 10. 09. 2021 - öffentlicher Teil
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Beschlussvorlagen
 - 5.1 Stellungnahme zum Prüfungsbericht der überörtlichen Prüfung der LH Magdeburg durch den Landesrechnungshof
BE: Oberbürgermeister DS0436/21
 - 5.1.1 Stellungnahme zum Prüfungsbericht der überörtlichen Prüfung der LH Magdeburg durch den Landesrechnungshof
Fraktion DIE LINKE DS0436/21/1
 - 5.2 Haushaltsplan 2022 - Stellenplan
BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung DS0410/21

6	Anträge	
6.1	Digitalisierung in Aufsichtsgremien Fraktion GRÜNE/future!	A0173/21
6.1.1	Digitalisierung in Aufsichtsgremien Fraktion DIE LINKE	A0173/21/1
6.1.2.	Digitalisierung in Aufsichtsgremien BE: Oberbürgermeister	S0390/21
6.2	Sicherheitskonzept für die Magdeburger Innenstadt CDU-Ratsfraktion	A0110/21
6.2.1	Sicherheitskonzept für die Magdeburger Innenstadt Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung	S0330/21
6.3	Schnelle Lösung der dringendsten Probleme in der Rettungswache der Berufsfeuerwehr Magdeburg Fraktion FDP/Tierschutzpartei	A0159/21
6.3.1	Schnelle Lösung der dringendsten Probleme in der Rettungswache der Berufsfeuerwehr Magdeburg Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung	S0371/21
7	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Ronny Kumpf

Madeleine Linke

Oliver Müller

Jens Rösler

Frank Schuster

Roland Zander

Christian Hausmann

Stephan Papenbreer

Prof.Dr. Alexander Pott

Manuel Rupsch

René Hempel

Geschäftsführung

Andrea Behne

Verwaltung

Mike Eve

i.V.f. SR Dr. Grube

i.V.f. SRin Schumann

i.V.f. SR Meister

i.V.f. SR Schwenke

i.V.f. SRin Lösch

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Dr. Falko Grube

Hagen Kohl

Nadja Lösch

Olaf Meister

Carola Schumann

Wigbert Schwenke

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 10. 09. 2021 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 10. 09. 2021 – öffentlicher Teil - wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bei 4 Enthaltungen genehmigt.

In diesem Zusammenhang nimmt Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, Bezug auf TOP 8.2 – Gedenkveranstaltung Liebknechtstraße. Er stellt klar, dass mit seinen Ausführungen keinerlei Kritik an der Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten Frau Ponitka geübt werden sollte, da hier eine sehr gute Vorbereitung der Veranstaltung geleistet wurde. Es sollte lediglich auf die am Veranstaltungsort verzeichnete Verkehrssituation aufmerksam gemacht werden.

4. Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind keine Bürger*innen anwesend.

Hinweis: Stadtrat Prof. Dr. Pott, Fraktion GRÜNE/future!, trifft zur Sitzung ein.

5. Beschlussvorlagen

5.1. Stellungnahme zum Prüfungsbericht der überörtlichen Prüfung der LH Magdeburg durch den Landesrechnungshof
Vorlage: DS0436/21

5.1.1. Stellungnahme zum Prüfungsbericht der überörtlichen Prüfung der LH Magdeburg durch den Landesrechnungshof
Vorlage: DS0436/21/1

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, wirft die Frage auf, ob es stimme, dass nicht jede Fraktion eine Stellungnahme zum Prüfbericht abgegeben hat.

Hierzu stellt der Oberbürgermeister klar, dass es keine Pflicht zu Abgabe einer Stellungnahme gibt, sondern diese freiwillig erfolgt.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, macht Ausführungen zum Hintergrund des Änderungsantrages DS0436/21/1 seiner Fraktion.

Hinweis: Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, trifft zur Sitzung ein.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Änderungsantrag DS0436/21/1 der Fraktion DIE LINKE in seiner Sitzung am 04. 11. 2021 zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, die Drucksache DS0436/21 unter Beachtung des Änderungsantrages DS0436/21/1 der Fraktion DIE LINKE in seiner Sitzung am 04. 11. 2021 zu beschließen.

5.2. Haushaltsplan 2022 - Stellenplan Vorlage: DS0410/21

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz und die Leiterin des Fachbereiches 01 Frau Mittendorf teil.

Die Leiterin des Fachbereiches 01 Frau Mittendorf macht anhand einer PowerPoint-Präsentation Erläuterungen zur Stellenplanentwicklung und den Personalkosten. Dabei geht sie auf die Personalstellenentwicklung seit 2002 ein und merkt an, dass für das Jahr 2022 sehr streng verhandelt wurde, damit der Stellenaufwuchs so gering wie möglich gehalten wird. Im Weiteren erläutert sie die Gründe für den Stellenaufwuchs von insgesamt 12 Stellen und benennt die einzelnen betreffenden Bereiche.

Mit dem Hinweis auf die Wichtigkeit der Einordnung des Stellenplans in den Gesamthaushalt macht sie Ausführungen zur Personalkostenentwicklung seit 2008. Dabei verweist sie insbesondere darauf, dass hier die erfolgten Tarifverhandlungen sowie Aufgabenveränderungen zu beachten sind.

Weiterhin geht sie auf den Personalkostenanteil an den Gesamtaufwendungen seit 2010 ein und merkt an, dass Risiken eingegangen werden müssen, um einen Haushaltsausgleich erlangen zu können. Erläuternd zur Personalkostenbedarfsplanung informiert sie über die mit dem Dezernat II erfolgte Verständigung, ca. 177 Mio Euro in den Haushalt 2022 einzustellen, dies sind 26 Mio Euro weniger, als im Optimum gebraucht wird. In ihren weiteren Ausführungen geht sie auf Faktoren ein, die noch nicht veranschlagt wurden und benennt dabei die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenzen in der Sozialversicherung für 2022, die Anpassung des Familienzuschlages für Beamte sowie eine mögliche Besoldungserhöhung für Beamte.

Abschließend geht sie umfassend auf den Zielkonflikt Personalkosteneinsparung und Stellenbesetzung ein und macht Ausführungen zum zeitlichen Verlauf der Besetzung offener Stellen, die sich derzeit auf ca. 300 Stellen belaufen. Eingehend auf den Personalkostenvergleich bei Mittelbereitstellungen zur Personalkostenentwicklung auf der Grundlage des Jahres 2002 macht sie hier auf die Auswirkungen der Tarifsteigerungen aufmerksam.

Hinweis: Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

In der sich anschließenden Diskussion informiert der Oberbürgermeister, dass der benannte Zielkonflikt Thema im Personalrat war. Er stellt klar, dass nicht gewollt sei, Stellen freizuhalten, um finanzielle Mittel einzusparen. Insbesondere macht er darauf aufmerksam, dass interne Ausschreibungen immer weitere Nachbesetzungen nach sich ziehen.

Stadtrat Rupsch, CDU-Ratsfraktion, nimmt Bezug auf die Stellenbesetzungsproblematik und legt seine Auffassung dar, dass sich der Fachbereich 01 hier mehr öffnen müsste. Begründend benennt er als Beispiel, die Anfrage eines jungen Mitarbeiters hinsichtlich der Übernahme der Finanzierung eines Studiums. Infolge der Ablehnung der Anfrage wechselte dieser seinen Arbeitgeber. Er vertritt die Auffassung, dass gerade bei jungen Leuten Anreize geschaffen werden müssen, um Fachkräfte zu halten.

Im Weiteren hinterfragt er das Durchschnittsalter der Beschäftigten der Stadtverwaltung, den Stand der Anzahl der Mitarbeiter*innen, die in den Ruhestand gehen, den Stand, diese freiwerdenden Stellen wieder zu besetzen sowie den Stand der Stellenbesetzung im Amt 37.

Beantwortend zu den aufgeworfenen Fragen informiert die Leiterin des Fachbereiches 01 Frau Mittendorf, dass sich die Stadt hinsichtlich der Finanzierung von Studien für einen anderen Weg entschieden habe. So bilde die Stadt im Zusammenwirken mit den kommunalen Spitzenverbänden Studentinnen und Studenten selber aus. Diese haben nach dem Studium dann eine Bindungsfrist und werden durch die Stadt betreut. Hinsichtlich des benannten Falles sind ihr jedoch keine Gründe für die Ablehnung bekannt.

Im Weiteren führt sie aus, dass das Durchschnittsalter bei 45 Jahren liegt. Zur Frage des Ruhestandes legt sie dar, dass jede Führungskraft einmal im Jahr darüber informiert wird, welche Mitarbeiter*innen planbar in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen. Sie macht darauf aufmerksam, dass bei unplanbaren Austritten (z.B. Rente mit 63) hierüber erst ¼ Jahr vorher Kenntnis vorliegt. Hinsichtlich der Stellenbesetzung im Amt 37 bezeichnet sie die Situation als sehr schwierig, da hier nicht sehr viele Aufstiegsmöglichkeiten bestehen und deshalb interne Ausschreibungen erfolgen.

Ergänzend informiert der Beigeordnete Herr Platz, dass die Möglichkeit interner Bewerbungen nicht ausgeschlossen werden kann. Derzeit liege jedoch die Quote externer Bewerbungen bei 50 bis 60 %. Er macht darauf aufmerksam, dass die Anzahl der einzelnen Besetzungsvorgänge dramatisch angestiegen sei. Waren es vor einigen Jahren noch ca. 600 Fälle, sind es jetzt über 1000 Fälle, die abgearbeitet werden müssen. Bezug nehmend auf die unbesetzten Stellen (Seite 9 der Präsentation) verweist er auf den sprunghaften Anstieg der offenen Stellen der letzten Jahre zum Jahresende. Hinsichtlich der im September 2021 offenen Stellen von 296 äußert er, dass die Möglichkeit der Verbesserung der Situation besteht, dies müsse jedoch genau beobachtet werden.

Im Weiteren führt er aus, dass die Stelle der Leitung des Umweltamtes bundesweit ausgeschrieben wurde. Von den sieben eingegangenen Bewerbungen wurde nur eine als geeignet eingestuft, diese Bewerbung jedoch wieder zurückgezogen. Er merkt an, dass das geltende Beamtenrecht die Besetzung stark einschränkt.

Hinweis: Stadtrat Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion, trifft zur Sitzung ein.

Der Oberbürgermeister macht Ausführungen zu den vorgesehenen Umstrukturierungen im Dezernat Stadtentwicklung, Bau und Verkehr.

Stadtrat Papenbreer, Fraktion FDP/Tierschutzpartei, wirft die Frage auf, ob die Personalkosten in Höhe von 19 Mio Euro auf Grund der unbesetzten 300 Stellen im Stellenplan enthalten sind und ob Zukunftsszenarien hinsichtlich der weiteren Digitalisierung bestehen.

Beantwortend merkt die Leiterin des Fachbereiches 01 an, dass die 300 unbesetzten Stellen nicht in der Personalkostenplanung enthalten sind, da dies zu einem ungedeckten Haushalt führen würde. Aktuell sei noch ein Plus von 800 TEUR zu verzeichnen.

Der Oberbürgermeister ergänzt, dass die letzten Jahre gezeigt haben, dass es unrealistisch ist, Stellen über das ganze Jahr besetzt zu halten.

Bezüglich der Digitalisierung verweist die Fachbereichsleiterin 01 darauf, dass mit jedem diesbezüglichen Gesetz auch immer Aufgaben umfangreicher und komplexer wurden und benennt als Beispiel den sich auf Grund gesetzlicher Vorgaben ergebenden erhöhten Aufwand in den Bürgerbüros. Sie merkt an, dass bei der Digitalisierung Potenzial gesehen wird, es jedoch hier kaum Angebote gibt. Konkrete Zahlen liegen bisher noch nicht vor.

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, nimmt Bezug auf die im Jugendhilfeausschuss getroffene Aussage, dass im Dezernat V Personal fehle und deshalb viele Aufgaben somit nicht mehr erfüllt werden. Als problematisch sieht er dabei, dass auf Stellenausschreibungen keine Bewerbungen eingehen. Er wirft die Frage auf, ob die Ausschreibungen bundesweit erfolgen und mit welchen Maßnahmen hier gegengesteuert werden soll.

Hierzu informiert die Fachbereichsleiterin 01, dass alle Stellen, die zu besetzen sind, über Interamt veröffentlicht werden und somit bundesweit einsehbar sind. Derzeit werde nach Möglichkeiten und Ideen gesucht, wie die Stadt Bewerber*innen auf sich aufmerksam machen kann, wie z.B. über Radiospots. Insbesondere macht sie darauf aufmerksam, dass bei Bewerbungen Masse nicht immer gleich Klasse sei, da auch Bewerbungen eingehen, die die formalen Anforderungen nicht erfüllen.

Hinsichtlich der personellen Situation im Dezernat V führt sie aus, dass die Stadt hinsichtlich des sozialen Bereiches im Gespräch sowohl mit dem Sozialministerium als auch mit den kommunalen Spitzenverbänden sei.

Auf Nachfrage des Stadtrates Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, ob die Stelle der Leitung des Amtes 31 in der Anzahl der zusätzlichen Stellen enthalten sei, informiert der Oberbürgermeister, dass es hier keine zusätzliche Stelle gibt.

Der Beigeordnete I verweist auf das vorliegende Organigramm zur neuen Struktur des Dezernates für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr und insbesondere auf die Neubildung des Fachbereiches 67. Es sei geplant, das Bauordnungsamt und das Umweltamt zusammen zu legen und somit einen Fachbereich mit zwei Fachdiensten zu bilden. Dabei werde der Fachdienst Umweltrecht mit einer Abteilungsleiterstelle geführt. Er informiert im Weiteren, dass die Fachbereichsstelle im allgemeinen Verwaltungsdienst ausgeschrieben werden soll und es sich dabei um die ehemalige Amtsleiterstelle handelt, die inhaltlich neu gefüllt werden soll. Weiterhin geht er auf die Stabsstelle ein, die dem Beigeordneten direkt unterstellt wird. Hier werde geprüft, wie durch die Zusammenlegung des Bauordnungsamtes und des Umweltamtes eine zusätzliche Stelle neu eingestellt wird.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, bezeichnet es als gut, dass hier Aussagen zur Dauer der Besetzungsverfahren getroffen wurden.

Er wirft die Fragen auf, ob es bestimmte Bereiche gibt, in denen sich ein erhöhter Krankenstand abzeichnet und ob das Gesundheitsmanagement angenommen wird.

Auf seine Frage zur Durchführung einer entsprechenden Personalversammlung informiert der Oberbürgermeister, dass diese noch stattfinden wird.

Im Weiteren informiert Stadtrat Müller mit dem Hinweis auf fünf wegfallende Stellen (Kulturhauptstadtbüro) über einen Änderungsantrag des Kulturausschusses hinsichtlich der Förderung der Einrichtung einer Personalstelle zur Koordinierung des Netzwerkes der Freien Kulturszene.

Zum Technikmuseum stellt Stadtrat Müller fest, dass für die Besetzung einer Stelle jetzt die Ausschreibung erfolgte, jedoch noch einige Stellen fehlen.

In seinen Ausführungen stellt der Beigeordnete Herr Platz klar, zur Klausurtagung zum Haushalt 2022 ausführlich zur Thematik Stellenbesetzung zu informieren. Derzeit beträgt die Dauer eines Besetzungsverfahrens sechs Monate von der Beantragung über Ausschreibung, Auswahlentscheidung, Personalratsbeteiligung, Vertragsbestätigung bis zum Arbeitsantritt. Er bezeichnet diesen Durchschnittswert in der öffentlichen Verwaltung als nicht schlecht, da bestimmte gesetzliche Vorgaben für das Besetzungsverfahren einzuhalten sind. Hinsichtlich des Krankenstandes verweist er auf eine Übersicht zur Krankenstandquote und benennt als Beispiel, dass der Krankenstand in den Bürgerbüros bei 12 % bis 13 % liegt. Er merkt an, dass es keine Handhabe bei Langzeiterkrankungen gibt. Bezüglich eines Gesundheitsmanagement bestätigt, dass es dieses gibt und eine regelmäßige Berichterstattung zu dessen Tätigkeit erfolgt.

Zur Thematik der Stellenbesetzung im Technikmuseum führt die Fachbereichsleiterin 01 aus, dass eine Stelle ausgeschrieben wurde. Es wurde festgelegt, zur Fördermittelproblematik eine Stelle im Wirtschaftsdezernat anzusiedeln und der Fachbereich 01 das Dezernat bei der Ausschreibung unterstützt. Eine Stellenbesetzung ist jedoch noch offen.

Stadtrat Prof. Dr. Pott, Fraktion GRÜNE/future!, wirft die Frage auf, ob die Schwierigkeiten bei Stellenbesetzungen nur in der Stadt Magdeburg bzw. im Land Sachsen-Anhalt auftreten, oder ob dies eine bundesweites Problem sei.

In ihrer Beantwortung bestätigt die Fachbereichsleiterin 01, dass es sich hier um ein bundesweites Problem handelt und die Schwierigkeiten auf Grund gesetzlicher Vorschriften entstehen. Sie informiert über eine Verfügung des Oberbürgermeisters hinsichtlich der Änderung von Anforderungsprofilen. Sie merkt an, dass keine Einstellung erfolgen kann, wenn die Bewerbungsprofile nicht erfüllt werden.

Ergänzend legt der Oberbürgermeister dar, dass es in der Stadt Magdeburg Mitarbeiter*innen gibt, die bereits bestimmte Aufgaben ausführen die entsprechende Stelle jedoch nicht erhalten können, da sie auf Grund der gesetzlichen Vorgaben die entsprechenden Anforderungen nicht erfüllen.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, nimmt Bezug auf Stellen im Gesundheitsamt und verweist auf eine geringere Vergütung durch die Stadt als im Umland. Eingehend auf jetzt erfolgte Ausschreibungen mit den Vergütungsgruppen 9a bzw. 9b sieht er eine Ungleichgewichtung gegenüber Mitarbeiter*innen mit der Vergütungsgruppe 7. Er hinterfragt den Stand an Aufwüchsen von Stellendotierungen.

Hierzu stellt der Oberbürgermeister klar, dass hier keine Darstellung erfolgen kann. Wenn beispielsweise eine Stelle auf Grund des Eintritts in die Rentenphase wieder besetzt wird, bekommen nachfolgende Mitarbeiter*innen zunächst eine geringere Vergütung, da z.B. auf Grund weniger Berufsjahre auch geringere Erfahrungen vorliegen.

Ergänzend verweist die Fachbereichsleiterin 01 auf den im Sozialbereich bestehenden Rechtsbereich, in dem sich das Ermessen erweitert habe und damit zu einer Erhöhung der Stellendotierung führt.

Auf Nachfrage des Stadtrates Papenbreer, Fraktion FDP/Tierschutzpartei, bzgl. der durchschnittlichen Anzahl von Krankentagen informiert der Beigeordnete Herr Platz, dass diese zwischen 8 % und 9 % liege. Als problematisch sieht er, dass es eine überdurchschnittliche Anzahl von Langzeiterkrankten gibt, die Ursachen hierfür aber nicht bekannt sind. Es sei jedoch nicht so, dass Mitarbeiter*innen in der Stadt Magdeburg häufiger erkranken, als in anderen Städten.

Auf Nachfrage des Stadtrates Rupsch, CDU-Ratsfraktion, hinsichtlich der Aufnahme der tariflichen Erhöhungen in den Stellenplan bestätigt der Beigeordnete Herr Platz, dass diese auf Grund des abgeschlossenen Tarifvertrages enthalten sind. Nicht enthalten sei die Thematik des Familienzuschlages für Beamte. Er schätzt ein, dass dieser erheblich ausfallen wird, da dieser rückwirkend fällig wird.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 4 Enthaltungen dem Stadtrat, die Drucksache DS0410/21 (Stellenplan) in seiner Sitzung am 06. 12. 2021 zu beschließen.

Anträge

- 6.1. Digitalisierung in Aufsichtsgremien
Vorlage: A0173/21
 - 6.1.1. Digitalisierung in Aufsichtsgremien
Vorlage: A0173/21/1
-

Stadträtin Linke, Fraktion GRÜNE/future!, gibt den Hinweis, dass die Gesellschaften und Aufsichtsräte die Zurverfügungstellung der Sitzungsunterlagen bereits auf den Weg gebracht wurde.

Es gehe jedoch jetzt darum, dass durch den Oberbürgermeister darauf hingewirkt wird, dass eine entsprechende Satzungsänderung in die Wege geleitet wird.

Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE, merkt an, dass sich die Stellungnahme der Verwaltung darauf bezieht, die entsprechenden Unterlagen nicht in das Ratsinformationssystem einzustellen. Er stellt klar, dass es um die Termine gehe, da die Terminplanung auf Grund ihrer Vielfältigkeit die ehrenamtliche Arbeit sehr schwer mache. Er wirft die Frage auf, ob dies rechtlich möglich sei.

Der Oberbürgermeister legt dar, dass, wenn andere Gremien für ihre Termine den Terminkalender der Stadt nutzen wollen, sie das selbst organisieren müssen. Hierbei sehe er kein Problem und hätte auch nichts dagegen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0173/21/1 der Fraktion DIE LINKE in seiner Sitzung am 04. 11. 2021 zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 10 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0173/21 der Fraktion DIE GRÜNEN/future! unter Beachtung des Änderungsantrages A0173/21/1 der Fraktion DIE LINKE in seiner Sitzung am 04. 11. 2021 zu beschließen.

6.1.2. Digitalisierung in Aufsichtsgremien
Vorlage: S0390/21

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6.2. Sicherheitskonzept für die Magdeburger Innenstadt
Vorlage: A0110/21

Der Oberbürgermeister stellt klar, dass bereits entsprechende Sicherheitsmaßnahmen unternommen werden und sieht keinen Bedarf für die Erarbeitung des beantragten Konzeptes.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 4 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0110/21 der CDU-Ratsfraktion in seiner Sitzung am 04. 11. 2021 nicht zu beschließen.

6.2.1. Sicherheitskonzept für die Magdeburger Innenstadt
Vorlage: S0330/21

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6.3. Schnelle Lösung der dringendsten Probleme in der
Rettungswache der Berufsfeuerwehr Magdeburg
Vorlage: A0159/21

Der Oberbürgermeister gibt den Hinweis, dass eine entsprechende Drucksache (DS0246/21 Grundsatzbeschluss zum Neubau einer Leitstelle und einer Lehrrettungswache für die Feuerwehr Magdeburg) erarbeitet wurde und diese schnellstmöglich umgesetzt werden muss.

Stadtrat Rupsch, CDU-Ratsfraktion, gibt die Empfehlung an den Antragsteller, den Antrag zurückzuziehen und bezeichnet es als nicht sinnvoll, im Objekt Brandenburger Straße noch Sanierungsarbeiten durchzuführen.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, bringt unter Bezugnahme auf die o.g. Drucksache seine Überraschung zum Ausdruck hinsichtlich der tatsächlichen Situation der Leitstelle. Er wirft die Frage auf, ob es in der Verantwortung des neuen Amtsleiters 37 liegt, dass nunmehr eine rasche Lösung gefunden ist.

Der Beigeordnete Herr Platz merkt an, dass die Problematik zuvor schon mit dem ehemaligen Amtsleiter besprochen wurde.

Klarstellend führt der Oberbürgermeister aus, dass sich die Situation der Leitstelle auch auf Grund der Corona-Maßnahmen, z.B. die Einhaltung der Abstandsregelung, verschärft habe. Bis zum Beginn des Neubaus müsse die Situation jetzt mit klaren Maßnahmen überbrückt werden.

Im Ergebnis der Diskussion wird der Antrag A0159/21 durch Stadtrat Papenbreer, Fraktion FDP/Tierschutzpartei, **zurückgezogen**.

Hinweis: Im Nachgang zur Sitzung erfolgte die Mitteilung der Fraktion FDP/Tierschutzpartei, den Antrag als **zurückgestellt** zu betrachten und diesen wieder auf die Tagesordnung des Verwaltungsausschusses am 26. 11. 2021 zu setzen.

6.3.1. Schnelle Lösung der dringendsten Probleme in der
Rettungswache der Berufsfeuerwehr Magdeburg
Vorlage: S0371/21

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

7. Verschiedenes

7.1. Schulneubauten

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, nimmt Bezug auf die Äußerung des Oberbürgermeisters im Rahmen der Stadtratssitzung am 07. 10. 2021, keine weiteren Schulen mehr bauen zu lassen. Er wirft die Frage auf, ob trotzdem die Schule am Schanzenweg gebaut wird.

Der Oberbürgermeister merkt an, seine Auffassung klar dargelegt zu haben, dass kein weiterer Bedarf an neuen Schulen besteht. Das Vorhaben am Schanzenweg würde er jedoch anhalten wollen und die Maßnahme nicht umsetzen. Seitens der zuständigen Beigeordneten für Bildung, Schule und Sport müsse eine Aussage getroffen werden, wie mit der Situation umgegangen werden soll.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin